

# Laibacher Zeitung.



Nr. 23.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 60 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Mittwoch, 29. Jänner

Insertionsgebühr die 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 90 fr., 3mal 1.20; sonst pr. Seite 1m. 6 fr., 2m. 9 fr., 3m. 12 fr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 fr.

1873.

## Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 10. Jänner l. J. den bisherigen Professor an der Universität in Göttingen Dr. Philipp Böller zum ordentlichen Professor für die chemischen Fächer und den bisherigen Professor am landwirthschaftlichen Institute der Universität Halle Dr. Emil Verels zum ordentlichen Professor für Maschinen- und Meliorations-Ingenieurwesen, beide an der k. k. Hochschule für Bodencultur allergnädigst zu ernennen geruht.

Chlumecly m. p.

Der Minister für Cultus und Unterricht hat die an der k. k. Universitätsbibliothek in Graz erledigte Scriptorstelle dem Scriptor der k. k. Studienbibliothek in Klagenfurt Dr. Ludwig v. Hörmann verliehen.

Der Handelsminister hat den Postdirections-Concipisten in Triest Eduard Biringer zum Postdirections-Secretär daselbst ernannt.

Der Ackerbauminister hat den könig. ungarischen Hüttenpracticanten zu Schemnitz Joseph Tinger zum Assistenten für Bergbau, Marktscheide- und Aufbereitungslunde bei der k. k. Bergakademie zu Leoben ernannt.

## Nichtamtlicher Theil.

Das hohe k. k. Handelsministerium hat mit dem Erlasse vom 12. Jänner 1873, Z. 56414/2980, die Errichtung einer postcombinierten Telegraphen-Nebenstation in Treffen durch Fortsetzung der Leitung von Rudolfsberth nach Treffen bewilligt.

## Zur Wahlreformfrage

meldet die „N. Fr. Pr.“ Nachstehendes: „Eine wohlunterrichtete, dem diesseitigen Ministerium keineswegs freundlich gestante, aber gerade deshalb in dieser Angelegenheit glaubwürdige Persönlichkeit theilt uns mit, daß an der Sanctionierung der Wahlreform nicht der geringste Zweifel berechtigt sei; daß vielleicht auch am nächsten Dienstag noch nicht die Einbringung des Reform-Entwurfes erfolgen werde; daß jedoch das Zustandekommen des Gesetzes in der Form, in welcher es aus den von der Regierung mit den Vertrauensmännern aller Provinzen gepflogenen Conferenzen hervorgegangen ist, nicht bezweifelt werden dürfe.“

Ueber den Stand dieser die politischen Kreise jeder Färbung fieberhaft aufregenden höchst wichtigen Frage äußert sich das „N. Fremdbl.“ in längerer Ausführung, die wir nachfolgend reproducieren wollen: „Alles, was heute an Symptomen sowohl als positiven Meldungen über das Schicksal des Wahlreformprojectes vorliegt, stimmt zu dem Gesamteindrucke zusammen, daß eine ernste Gefahr für das Zustandekommen desselben in keinem Zeitpunkte bestand und selbstverständlich um so weniger im jetzigen Augenblicke besteht. Die heutige Sitzung des Finanzausschusses gab einzelnen Mitgliedern desselben Gelegenheit, den anwesenden Minister des Innern in vertraulicher Weise über die Berechtigung der pessimistischen Stimmung, wie sie in den letzten Tagen da und dort zum Ausdruck kam, zu befragen, und Freiherr v. Lasser ertheilte die beruhigendsten Auskünfte, welche alle diesbezüglich gehegten Besorgnisse als unbegründet erscheinen ließen und verscheuchten. Damit stimmt denn auch die kleinlauten Stimmung und resignierte Sprache der föderalistischen Organe überein, deren in den letzten Tagen zur Schau getragene Zuversicht überhaupt nur durch das unbegründete Gefühl der Unsicherheit in verfassungstreuen Kreisen veranlaßt gewesen zu sein scheint. Sie suchen sämmtlich ihre Leser auf das Schlimmste vorzubereiten und klammern sich nur noch, um nicht gar zu unverweilt aus einem Extrem ins andere zu gerathen, an wahrhaft kindische Trostgründe und Ausichts-symptome. Dahin gehört insbesondere die Audienz, welche Graf Gabert Belcredi beim Monarchen hatte und deren Dauer vom „Vaterland“ mit Chronometergenauigkeit bei Minute und Sekunde beziffert wird. Doch auch dieser Trost währt nicht lange. Schon verlautet von mehreren Seiten, daß die von dem Grafen übergebene Petition, so wie sie in der Art der Ueberreichung lebhaft an die bekannte famose kaiserliche Adresse erinnerte, so auch bezüglich ihrer Erledigung das Schicksal des letzteren theilte,

das heißt von Sr. Majestät dem Minister des Innern zur verfassungsmäßigen Behandlung abgetreten wurde. Das war nun allerdings vorauszu sehen, allein daß es so rasch geschah, ist gleichwohl ein Symptom von so beredter Sprache und wird auch in dieser Weise empfunden werden. Auch in den Kreisen der Abgeordneten, welche auffallenderweise diesmal die vorzüglichste Quelle für die schreckhaften Mährten der letzten Tage waren, hat sich das Gefühl der Zuversicht wieder eingefunden. Wir glauben mindestens in einer wiener Zuschrift eines böhmischen Blattes die Feder eines Abgeordneten zu erkennen, und derselbe gibt der Stimmung innerhalb seiner Kollegen folgenden Ausdruck: „Dadurch darf man sich aber nicht beirren lassen, selbst wenn die Vorlage Dienstag bei Wiederaufnahme der Sitzungen noch nicht auf den Tisch des Hauses niedergelegt werden sollte, da es nur technische Hindernisse sind, welche diese Verzögerung nothwendig machen. Bedenkt man, daß noch in keinem Staate, wo eine Wahlreform beschlossen wurde, dieselbe so rasch der Verwirklichung zugeführt worden, als bei uns in Oesterreich, so muß man schon darauf verzichten, der Regierung wegen einer Verzögerung von wenigen Stunden oder Tagen Vorwürfe machen zu wollen. Erst vor kurzem hat man sich über die Prinzipien geeinigt, und dann folgte das schwierige und umfassende Werk der Ausarbeitung auf statistischer Grundlage. Endlich will die Vorlage, welche ein kleines Buch bilden wird, sorgfältig geprüft sein. Noch gestern beschäftigte sich der Ministerrath in langer, bis in die Nacht währender Sitzung mit dieser Angelegenheit. Allem Anscheine nach wird die Vorlage nicht früher als in der ersten Hälfte Februar vor das Haus gelangen, um welche Zeit ein klarer und fester Blick über die übrigens schon jetzt ersichtlich günstigen Verhältnisse im Abgeordneten-hause gestattet sein wird.“

Aus den dem „P. Lloyd“ über die Wahlreformfrage zugekommenen Correspondenzen wollen wir die bedeutsamsten Stellen hervorheben: „In den Organen der Verfassungspartei hat eine weit ruhigere, zuversichtlichere Auffassung der Lage Platzgegriffen. Es dürfte dies direct auf die Abgeordnetenkreise zurückzuführen sein, welche, im Contacte mit der Regierung, von dieser die befriedigendsten Aufklärungen erhielten und sich beileiten, denselben auf publicistischem Wege Vorbereitung zu verschaffen. Nicht einmal der Umstand, daß sich der Tag der Vorlegung des Wahlreformentwurfes nicht bestimmen lasse, vermag die einzelnen Organe heute in Unruhe zu versetzen, während dieses Moment sonst eine große Rolle für eine pessimistische Auffassung der Lage spielte; man sieht eben ein, daß, sobald der Entwurf einmal in die Hände der letzten entscheidenden Instanz gelangt sei, die Möglichkeit, den Tag ihrer Erledigung auch nur approximativ anzugeben, nicht vorhanden ist. In der That hat es auch gar keine politische Bedeutung, ob der Entwurf am nächsten Dienstag oder Donnerstag eingebracht wird, sondern liegt das politische Schwergewicht darin, daß er überhaupt eingebracht wird, woran nicht zu zweifeln ist. Zudem ist man in den parlamentarischen Kreisen darüber einig, daß der Entwurf mit aller Beschleunigung erledigt werden könne, nachdem man ihn ohnehin schon eingehend geprüft; dadurch wird die verzögerte Feststellung der Vorlage, an der auch nur die Reclamationen der parlamentarischen Kreise schuld sind, wieder wettgemacht werden. Die gestern emsig kultivierte feudale Gespensterseherei reizt heute selbst bereits zum Lachen und wird in humoristischer Weise glossiert, worin die beruhigte Auffassung der Lage den besten Ausdruck findet.“

Mit einer überraschenden Offenheit gestehen die Feudalen durch ihr Hauptorgan, daß ihre Bemühungen, nach „oben“ hin Fühlung und Terrain zu gewinnen, vergeblich blieben. Es liegt sonst nicht in der Gewohnheit dieser Kreise, die mit ihren Beziehungen zu den hohen Regionen zu prunken pflegen und auch sonst die Haupttreppen in der Hofburg nicht zu betreten lieben, mit einem male zu dem „constitutionellen Mittel der allgemeinen Audienzen“ zu greifen, wie es heute das „Vaterland“ empfiehlt, um auf diesem Wege wenigstens die ezechischen Petition vor Sr. Majestät zu bringen. Diese Verufung auf die „constitutionelle“ Gepflogenheit klingt in diesem Munde ganz eigenthümlich, und scheint es, als ob dieselben aus der Noth eine Tugend machen möchten, denn freiwillig haben sie diesen Weg gewiß nicht erwählt, und wenn sie dies unter Anrufung des Constitutionalismus jetzt unternehmen, so werden sie gewiß von maßgebendster Seite in verständlicher Weise auf denselben gemiesen worden sein. Es ist daher die reinste Tactlufferie, wenn heute das feudale Organ diese

neue Parole den Feudalherren zugute schreiben möchte, anstatt, wie es zweifellos der Fall ist, dem Festhalten der Krone an den constitutionellen Gepflogenheiten die gebührende Anerkennung zu zollen. Nachdem nunmehr diese Kreise ihr Fiasco selbst eingestehen, wird man sich auf verfassungstreuer Seite über den Ausgang der Wahlreformfrage gewiß vollends beruhigen können.“

Mit Rücksicht auf Galizien betonen wir folgende Sätze: „Seitdem es heißt, daß es von der Galizien zugebachtene Ausnahmstellung sein Abkommen erhalten habe und die Einführung der directen Wahlen auch in Galizien beschlossene Sache sei, hat die ohnehin deprimierte Stimmung den Charakter der Bitterkeit angenommen. Wie immer man sich die Sache zurechlegen mag, einen politisch praktischen Erfolg vermögen wir in der geplanten Action der Polen nicht zu ergründen. Der Reichsrath ist und bleibt beschlußfähig auch ohne die Polen, er wird dann die Wahlreform ohne sie über sie beschließen, während wenn die Polen an den Verhandlungen theilnehmen, es ihnen selbst bei aller Opposition doch möglich sein müßte, in der Wahlordnung für Galizien solchen Bestimmungen Eingang zu verschaffen, die dem polnischen Elemente auch fürherhin jene Superiorität sichern, auf welche ihm seine historische und civilisatorische Stellung Anspruch verleiht. Dem Widerstand gegen die directen Wahlen können wir nicht einmal als einen prinzipiellen gelten lassen, solange als das Nothwahlgesetz auch jetzt schon für Galizien in Rechtskraft besteht und sonach eine Seccession der Polen die Anwendung jener Methode gerade beschleunigen würde, die sich perhorresciren. Wir könnten diesen rein sachlichen Bemerkungen noch eine Reihe von Erwägungen beifügen und gleichfalls gegen einen solchen Bruch plaidieren. Doch das würde weiter führen.“

## Parlamentarisches.

Ueber die Thätigkeit der verschiedenen Ausschüsse des österreichischen Abgeordnetenhauses liegen uns nachstehende summarische Berichte vor:

1. Legalisierungs-Ausschuß nahm die Mittheilungen Sr. Excellenz des Herrn Justizministers Dr. Glaser über das Resultat der Enquete entgegen, welche derselbe über die Wirkungen des Legalisierungszwanges in allen Kronländern veranstaltet hat. Am Eingange dieser Mittheilungen erklärte der Herr Justizminister, daß die Regierung auf Grund des Ergebnisses dieser Untersuchung den Knoll'schen, d. h. den Minoritätsantrag (Aufhebung des Legalisierungszwanges) ablehnt und mit allem Nachdrucke, sowie allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln sich demselben widersetzen werde. Die Einzelresultate der Enquete erschienen von solcher Bedeutung, daß der Ausschuß einstimmig den Wunsch aussprach, die Regierung wolle mit Beschleunigung eine Zusammenstellung verfassen und den Mitgliedern mittheilen. Diefem Wunsche erklärte der Herr Justizminister auf das bereitwilligste nachkommen zu wollen, nachdem er schon von vornherein sämmtlichen Akten dem Ausschusse zur Verfügung gestellt hatte. Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Ruz, ob die Regierung bereit sei, eine Vorlage über Partialsmaßregeln zu machen, welche das Drückende mildern, ohne dem Hauptzwecke zu schaden, antwortete der Herr Justizminister mit „Nein,“ erklärte sich jedoch bereit, jeder Initiative des Ausschusses in dieser Richtung mit aller Objectivität entgegenzukommen.

2. Der Ausschuß zur Vorberathung einer neuen Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses beendigte die allgemeine Besprechung über die einzelnen Paragraphen der jetzt in Kraft stehenden Geschäftsordnung und beschloß sodann, den Abg. Dr. Groß mit der Verfassung des Entwurfes einer neuen Geschäftsordnung zu beauftragen. Sobald derselbe vorgelegt sein wird, wird der Ausschuß seine Beratungen fortsetzen.

3. Der Finanzausschuß erledigte das Budget des Justizministeriums. Abg. Dr. Herbst spricht im Interesse des nationalen Friedens in Böhmen für die Trennung der dermal gemischten Gerichtsbezirke, um dadurch dem Wunsche der Bevölkerung beider Nationalitäten gerecht zu werden. Allerdings sei hiedurch eine Vermehrung der Bezirksgerichte erforderlich, das könne aber hier, wo es sich um ein so wichtiges politisches Moment handle, nicht als Hindernis angesehen werden. Redner empfiehlt dem Justizminister diesen Gegenstand zur besonderen Beachtung. Der Herr Justizminister erklärt sich mit den Ansichten des Vorredners einverstanden und sagt eine diesbezügliche Verfügung zu, da er meint, daß der nationale Friede auf solche Weise gewiß nicht zu theuer erkauft werde.

Es wurden dann noch mehrere Nachtragsforderungen des Ministeriums des Innern erledigt. Dr. Siekra referierte über die Nachtragscreditforderung des Ministeriums des Innern betreffend die Kosten der für die Dauer der Weltausstellung im Interesse der öffentlichen Sicherheit in Wien zu treffenden Maßnahmen per 1 Million Gulden und stellte den Antrag, es seien diesbezüglich 900.000 fl. zu bewilligen. Ueber diesen Antrag entspinnt sich eine äußerst lebhaft debatte und dreht sich hauptsächlich darum, ob nicht die Garnison Wiens zur Bewachung der in den Weltausstellungslocalitäten angehäuften Werthe, sowie zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit in diesem so außerordentlichen Falle ausbilsweise herangezogen werden könnte. Allgemein wurde die Zweckmäßigkeit dieser Herbeiziehung anerkannt, da die Schwierigkeit, geeignete Individuen zum Civil-Polizeidienste in der erforderlichen Menge bloß für die Zeit von 6—7 Monaten zu finden, nicht zu leugnen sei. Bei der Abstimmung wird der vom Referenten gestellte Antrag mit 8 gegen 7 Stimmen angenommen.

Ueber Veranlassung des Comités zur Berathung der Vorlage über den für die Weltausstellung geforderten Credit von sieben Millionen wurde eine Enquete eingeleitet, welche ergeben haben soll, daß sich das Erfordernis höher, nämlich auf noch 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen belaufen werde. Das Comité dürfte die Bewilligung beantragen, da die Enquete andererseits ergeben haben soll, daß die Einnahmen bedeutender sein dürften, als präliminirt wurde.

### Aus dem ungarischen Reichstage.

Se. Excellenz der königl. ungarische Ministerpräsident Herr v. Szlavay ergriff in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses das Wort, um über das Budget pro 1873 zu sprechen. Diese Rede bietet auch uns so viel des Interessanten, daß wir deren Wortlaut hier nachfolgen lassen:

„Gehretes Haus!

Der Bericht der Finanzcommission über das Budget für 1873, die ausführlichen, den Gegenstand beleuchtenden Reden des Referenten der Finanzcommission, des Finanzministers, die erläuternden Bemerkungen der bisherigen Redner von beiden Seiten des Hauses und — was ich vielleicht zuerst hätte erwähnen sollen — die Presse, welche sich seit Monaten mit dem 1873er Budget befaßt, haben unsere Finanzlage zur Genüge beleuchtet, insofern diese durch Zahlen sich darstellen läßt, und ich kann, ohne ein Desaveu befürchten zu müssen, mit Freuden constatieren, was mein geehrter Vorredner constatirte, daß der erschreckende Eindruck, welchen die Zahlen anfangs auf die Bevölkerung ausgeübt haben, einer ruhigeren, muthigeren Auffassung gewichen sei, und es werden wiederholt Aeußerungen laut, daß unsere finanzielle Lage wohl ernst sei, aber keine Veranlassung zur Besorgnis biete.

Ich erkläre im Vorhinein, daß die formellen und meritorischen Aenderungen, welche die Finanzcommission an dem von der Regierung unterbreiteten Budget vorgenommen hat, von mir und meinen Ministercollegen im großen und allgemeinen angenommen werden. Wohl wird einer oder der andere meiner Ministercollegen, wohl werde ich selbst bei einzelnen Posten des Budgets manche Bemerkung zu machen haben, worüber die Entscheidung von der Weisheit des g. Hauses abhängen wird, aber diese werden im großen und ganzen das Resultat des Budgets nicht sehr alterieren; die finanzielle Lage wird sich ungefähr so gestalten, wie sie der Bericht der Fi-

nanzcommission uns darstellte, d. h. daß wir ein bedeutendes Deficit vor uns haben.

Mit Recht stellt das g. Haus an das Ministerium die Frage: was es angeht dieses Deficits zu thun gedente? welchen der verschiedenen Wege, die sich zur Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalte darbieten, es einschlagen werde?

Nachdem hier Se. Excellenz auf vielseitige Angriffe, welche auf das Ministerium gemacht worden waren, in Parenthese geantwortet, fuhr er folgendermaßen fort:

Nun erlaube mir das geehrte Haus, der Modalitäten zu erwähnen, mit Hilfe deren man im Staatshaushalte das Gleichgewicht herstellen kann. (Hört! Hört!) Als erster Modus gibt sich derjenige, der auch beim Privaten der einfachste und in der Regel der sicherste ist, nämlich die Sparsamkeit, ein richtiges Wirthschaften. Aber es fragt sich nun, ob der Staat das Exempel des Privaten in infinitum nachahmen kann? Es fragt sich, ob die über das Maß bewerkstelligte Reducierung dieser im Budget sich vorfindenden Kosten für die Verwaltung, die Justizpflege, die öffentliche Bildung, die Communication, die öffentliche Sicherheit nicht früher oder später die Verstopfung der Steuerquellen nach sich zieht und jenen Zustand, daß der Staat mit der Zeit nicht einmal seine nothwendigsten Ausgaben zu decken im Stande sein wird. (Zustimmung rechts.)

Diesen Modus acceptiere ich also meinerseits, aber jedenfalls in einem bestimmten Maße. Und wenn ich die einzelnen Posten des Budgets überblicke, frage ich, wo eigentlich größere Ersparungen bewerkstelligt werden könnten? Hier sind vor allem die gemeinsamen Ausgaben, auf deren Dotierung das h. Haus zwar direct keinen Einfluß nimmt, aber insofern das gemeinsame Budget unter Einflußnahme des ungarischen Ministeriums fertig wird, und insofern die aus der Mitte der auf dieser Seite sitzenden Mitglieder des Hauses gewählte Delegationen diese Ausgaben votiert, lastet die Verantwortlichkeit in jedem Falle auf der Regierung und der Rechten. Alljährlich wird die Klage erneuert, daß die gemeinsamen Ausgaben einen großen Theil der Einnahmen des Landes verzehren und darum für die wirklichen und die übrigen Bedürfnisse des Landes nicht genug Geld bleibe. Hierauf ist von dieser Seite die Antwort die, daß, wenn die gemeinsamen Ausgaben — ich rechne hieher nicht die Schulden, denn diese sind eine abgeschlossene Thatsache — sondern die übrigen Ausgaben, die der Diplomatie, des Krieges, nicht gemeinsam getragen würden, diese unsere Ausgaben viel größer wären. (Lebhafte Zustimmung rechts, Rufe: So ist's!)

(Schluß folgt.)

### Zur Justizreform in Deutschland.

Der königlich württembergische Justizminister verliest in der am 24. d. in Stuttgart stattgefundenen Sitzung der württembergischen Abgeordnetenkammer in Folge einer von Desterlein in betreff des Standes der Gerichtsverfassungs-Verhandlungen mit dem deutschen Reiche und der Stellung Württembergs zu demselben eingebrachten Interpellation eine Erklärung, wonach die Berliner Ministerconferenz, welche zunächst nur die Anlage im ganzen und die größeren Fragen des Gerichtsorganisations-Gesetzes behandelte, zu Ergebnissen geführt habe, welche seither von einem preussischen Justizbeamten in die Form eines Gesetzentwurfes gebracht wurden. Diese Arbeit werde demnächst von Commissarien der beteiligten Regierungen Preußens, Baierns, Württembergs, Sachsens und Badens berathen werden. Sodann wird die Ministerconferenz wieder zusammentreten,

um die Vorlage an den Bundesrath festzustellen. Die bisherigen Besprechungen waren vorläufige und vertrauliche; die Minister haben sich persönlich und nicht im Namen ihre Regierungen ausgesprochen. Letztere werden erst später schlüssig werden, weshalb über das Behalten und die Entschließung der württembergischen Regierung eine Mittheilung der Regierung nicht gemacht werden kann.

Neben dieser schriftlichen Erklärung entwickelte der Justizminister ausführlich seine persönliche Anschauung, woraus hervorzuheben ist, daß die württembergische Regierung angemessenen Erleichterungen der Reichscompetenz in einzelnen Fällen nicht entgegensteht, insbesondere die Abfassung eines Civilgesetzbuches möglichst fördern werde. Wünschenswerth sei, daß den Einzelstaaten die Mitwirkung schon bei Aufstellung der Entwürfe eingeräumt werde. Die Schaffung eines gemeinsamen Civilrechts durch die Organe der Reichsgewalt sei zu erstreben, die Gesetzgebung hätte aber nicht durch ein Machtgebot überall die Uniformität herzustellen, sondern eigenartigen, berechtigten Rechtsbildungen Raum zu lassen.

Die Verfassungsformel hiefür habe sich nicht finden lassen. Es handle sich um ein allgemeines bürgerliches Gesetzbuch, nicht bloß um Einreihung einer Competenzbeschränkung oder um eine Anzahl von Specialgesetzen. Die Regierungen müßten hiezu die Initiative ergreifen; in diesem Sinne könne er einer Verfassungsänderung zustimmen. Die letzten Ministerconferenzen verliefen günstig; die Einzelstaaten würden zur Beschleunigung der Civilgesetzgebungs-Arbeiten das Ihrige beitragen.

Der Justizminister ist für die Beibehaltung des Schwornengerichtes; er sagt, man könne das Landesgericht als höchste Instanz nicht festhalten, schon ein Reichsgericht vorhanden ist. Ein Reichsgericht neben einem Reichsoberhandelsgerichte wäre anormale. Bei dem Reichsobergerichte komme hauptsächlich die Frage der Rechtsmittel in Betracht. Die Einrichtung eines Reichsgerichts von der Civilprozessordnung, von den Beschlüssen über die Revision und dem Wegfall der Berufung ab. Das letzte Wort über die letzte Instanz könne er doch noch nicht aussprechen und behalte er sich die freie Disposition vor.

Die Kammer beschloß die beschleunigte Drucklegung der Rede des Justizministers, über welche demnächst eine Debatte stattfinden wird.

### Politische Uebersicht.

Salzbach, 28. Jänner.

Wie wiener Blätter berichten, ist die Eröffnung der diesjährigen Delegations-Session für den 2. oder 3. April in Aussicht genommen. Danach müssen wohl bis dahin die beiden Hauptaufgaben des Reichsrathes: Wahlreform und Budget, erledigt sein. Für das Budget sind die Vorarbeiten ziemlich weit vorgeschritten, aber auch bezüglich der Wahlreform sind Meinungen allenthalben so geklärt, daß die Beratungen derselben gewiß keine allzu lange Frist in Anspruch nehmen wird.

Die „Spener'sche Zeitung“ bemerkt, daß dem Fürsten Bismarck die preussische Organisation des Ministeriums mit Einschluß vielleicht der preussischen parlamentarischen Institutionen nicht homogen scheint mit denen des Reiches, und zweitens, daß bis diese Homogenität sich herstellen läßt, eine selbständigere Gestaltung des Reichs-Organismus gegenüber den preussischen Institutionen für nothwendig hält. Es fügt hinzu: „In den Andeutungen über die Fortentwicklung des Reiches und über die Unmöglichkeit,

## Feuilleton.

### Blut um Blut

oder:

Die Regimenter Piemont und Auvergne.

Novelle von Rudolph Müldener.

(Fortsetzung.)

VII.

Es wäre eine zu schwierige Aufgabe für unsere Feder, den Schmerz schildern zu wollen, den Frau de Castries und ihre Tochter Gabriele empfanden, als sie die traurigen Nachrichten des Marquis erhielten.

Der Schrecken schien im ersten Augenblicke das Denkvermögen der beiden Damen paralytisch zu haben. Sie verfielen in eine Art geistiger Apathie, in der sie gar nicht daran dachten, daß sie vielleicht doch noch im Stande seien, denjenigen zu retten, den sie bereits als todt beweinten.

Besonders bot Gabriele einen jammervollen Anblick dar. An die Brust ihrer Mutter sich schmiegend, erstickte sie das krampfhaft Schluchzen, welches ihr Herz zerriß. Wie vom Fieberhauer geschüttelt, bebte ihr ganzer Körper, welcher der Wucht dieses entsetzlichen Schlags erliegen zu sollen schien.

Trotz dieser äußerlichen Schwäche besaß Gabriele aber eine jener Naturen, die in kritischen Momenten

aus sich selbst eine Kraft schöpfen, welche man ihnen nicht zugetraut hätte. Sie war es, die zuerst wieder zur Besinnung kam und sich daran erinnerte, daß noch nicht alles verloren sei.

„Mutter,“ sagte sie, „wir müssen, ohne einen Augenblick zu säumen, nach Versailles. Wir werden uns dem Könige zu Füßen werfen und für Henry um Gnade bitten. Der König ist gut, er wird unser Flehen erhören.“

Wenige Augenblicke später befanden sich Mutter und Tochter auf dem Wege nach Versailles, wo zur Zeit der Hof residierte. Frau de Castries war daselbst wenig bekannt. Durch gegenseitige Liebe mit ihrem Gatten verbunden, lebte die Marquise nur für den engen Kreis ihrer Familie und blieb jenen Sphären fern, wo Intriguen aller Art jedes häusliche Glück zu zerstören drohten. Nur zwei oder drei mal im Jahre ließ sich das Ehepaar in den Sälen von Versailles sehen, um dem König seine Ehrfurcht zu bezeigen. Es ergab sich hieraus von selbst, daß die Marquise mit der Hofetiquette wenig vertraut war und nicht wußte, an wen sie sich zu wenden hatte, um eine Audienz zu erlangen.

Zum Glück fiel ihr ein, daß die Herzogin von Polignac, eine ihrer Jugendfreundinnen aus dem Pensionat, Oberhofmeisterin bei der Gemahlin des Dauphins war. An diese beschloß sie sich zu wenden.

Frau de Polignac empfing Mutter und Tochter mit allen Rundgebungen der lebhaftesten Sympathie. Sie selbst konnte die beiden Damen nicht zur Audienz melden, aber der Prinz von Beauvais, der General-

capitän der Leibgarde, war ihr Freund, und leicht als jeder andere konnte er den beiden Wittstellern die Thüre zu den Gemächern des Königs öffnen.

Sie schrieb ihm sogleich ein paar Zeilen, er mußte zu ihr kommen. Als man dem Prinzen das Schreiben übergab, war er eben im Begriffe, den König auf einer Promenade nach Meudon zu begleiten. Er ließ das der Herzogin zurücksagen, daß er gleich nach der Promenade kommen werde.

Drei tödtlich langsame Stunden vergingen, bis er endlich geschah.

Die Damen stürzten sich dem Prinzen wie einem Retter entgegen, als er eintrat, und Frau de Castries erzählte ihm ihr Unglück.

„Der König weiß noch nichts von dieser traurigen Angelegenheit,“ erwiderte der Prinz, nachdem er die Theilnahme die Marquise bis zu Ende gehört hatte. „Es ist dies ein glücklicher Umstand, denn es kommt alles darauf an, daß Sie die ersten sind, die ihm die Sache vortragen. Alles hängt vom dem ersten Eindruck ab, der auf ihn gemacht wird.“

„Sie sehen also eine Gefahr darin, wenn uns jemand zuvorkäme? Wie! Sollte mein Neffe einen Fehler haben, der ihm bei Sr. Majestät schaden könnte?“

„Nein, Madame. Aber ich weiß, daß der König und der Herr Marschall von Bellisle verschiedener Ansicht darüber sind, wie diesem Streite zwischen Piemont und Auvergne ein Ende gemacht werden könnte; der König ist für das Prinzip der Milde, der Marschall für die Strenge. Ich fürchte, daß Herr de Bellisle

bei den heutigen preussischen Einrichtungen der deutsche Kanzler zugleich preussischer Ministerpräsident sei, also in dem Hinweis auf eine doppelte nothwendige Reform, erblicken wir den Kern der Reden des Fürsten Bismarck."

Der deutsche Reichstag wird am 10. März zusammentreten, er soll neben den preussischen Vertretungs-körpern tagen. Die „N. A. Ztg.“ begründet die Absicht der Regierung mit folgenden Worten: „An den Gedanken werden wir Deutsche uns zu gewöhnen haben, daß das Reich die Vorhande hat und daß die particularen Interessen, selbst wenn sie so werthvoll und von so allgemeiner Bedeutung sind, wie die von unserem Landtage gegenwärtig wahrzunehmenden, nicht im Vordergrund der Entscheidungen sich bewegen. Von Preußen und seinen politischen Männern heißt es überdies: Noblesse oblige! Gerade wir Preußen wollen damit ein Beispiel geben, daß uns in erster Linie Deutschland sieht und in zweiter Linie Preußen.“ — Die Commission des Abgeordnetenhauses hat den Antrag Gneists wegen der Verfassungsänderung mit Bezug auf die kirchenpolitischen Gesetze angenommen. Die Aenderung soll als getrenntes Gesetz und vor den Vorlagen, die jene Aenderung veranlaßt haben, zur Abstimmung gelangen.

Das „Memorial Diplomatique“ theilt in einer sehr förmlich abgefaßten Note mit, daß der Graf von Paris die Absicht kundgegeben habe, sich mit dem Grafen von Chambord zu verständigen und zu diesem Zwecke von diesem eine Zusammenkunft erbeten habe. — Der „Vien Public“ schreibt: „Man hat seit einigen Tagen viel von der Befreiung des Landesgebietes gesprochen. Man hat bestimmte Daten angegeben und gelegentliche Aeußerungen mannigfach ausgelegt. Es ist hier immer nur die Sache selbst im Auge zu behalten. Welches ist die Pflicht der Regierung? Das Landesgebiet so rasch wie möglich auszulösen und, wenn es möglich ist, den Mittelpersonen auszuweichen, um nicht noch weitere Opfer bringen zu müssen, endlich den Finanz- und Geldkrisen vorzubeugen — dies ist ihre Pflicht. Was die Ausführung betrifft, so verliert die Regierung keine der nothwendigen Vorbedingungen aus dem Auge; sie wird und muß alles thun, was in ihren Kräften steht, damit Frankreich sobald als möglich und unter den mäßigsten Bedingungen sich selbst wiedergegeben werde. Die Verschuldigungen der Nachlässigkeit, des Mangels an Voraussicht und der Unklugheit sind gleich unbedenklich.“

Die Commission für das italienische Kloster-gesetz beschloß die Ernennung einer Subcommission, welche vorzugsweise die auf die Convertierung der Güter bezugnehmenden Artikel studieren wird. Die Commission wird die Minister erst nach Beendigung der Arbeiten vernehmen. — Der „Italie“ zufolge haben die Unterhandlungen bezüglich des Handelsvertrages zwischen Italien und Frankreich noch nicht begonnen. Die italienische Regierung hat mehrere Eröffnungen mündlich dahin beantwortet, daß sie die Ergebnisse der Industrial-enquete abwarten und den französisch-englischen Vertrag mit den Tarifänderungen kennen wolle. — Rückichtlich der Laurionfrage berichtet die „Italie“, daß Frankreich und Italien die guten Dienste Oesterreichs nachsuchten, welches auch in Athen einige Vorschläge machte, die aber von Griechenland mit anderen unannehmbaren Vorschlägen beantwortet wurden. Die „Italie“ bestätigt, daß diese Frage um keinen Schritt ihrer Lösung nähergerückt sei.

Der „Observer“ meldet, der englische Botschafts-secretär Mitchell sei mit Depeschen inbetreff der centralasiatischen Angelegenheit nach Petersburg zurückgereist. Dasselbe Blatt erfährt, daß die conservativen

durch dieses neue Duell dem Könige zu beweisen suchen wird, daß seine Ansicht die richtige sei. Wir dürfen also keine Zeit verlieren, noch heute Abend werde ich Se. Majestät zu bewegen suchen, daß er Sie vor dem Conseil empfängt. Zählen Sie auf mich, Frau Marquise,“ fügte der Prinz hinzu, indem er aufstand und sich verabschiedete: „ich werde Ihnen noch heute Abend, sobald der König sich in seine Appartements zurückbegeben haben wird, Nachricht von dem Erfolge meines Eifers bringen, mit dem ich Ihnen dienen will.“

„Gute Gott, daß es eine günstige ist!“ murmelten Frau de Castris und Gabriele, indem sie dem Prinzen ihre Hand reichten, die dieser mit Courtoisie lästete.

Gegen zehn Uhr nachts kam Herr de Beauvais zurück. Aus seiner Miene war nichts gutes zu entnehmen. Weder die Herzogin noch ihre beiden Schützlinge täuschten sich in der düstern Miene, mit der er eintrat.

„Nun?“ rief Frau de Castris mit fieberhafter Angst.

„Wir haben Unglück,“ antwortete der Prinz traurig. „Der König geht morgen nach St. Cloud und übermorgen nach Fontainebleau, wo er einige Tage verweilen wird und niemanden sehen will.“

Die Marquise und Gabriele sanken wie vernichtet in ihre Stühle zurück. Sie überließen sich ohne Rückhalt ihrem Schmerze und bedeckten mit ihren Taschentüchern ihre Augen, denen ein Strom von Thränen entquoll.

(Fortsetzung folgt.)

tive Partei die Frage wegen des Unterrichtes in Frankreich zur Basis ihrer Opposition gegen die Politik der Regierung machen werde.

Griechenland unterhandelt wegen Ertheilung des Rechtes zur Erwerbung von Grundeigenthum an die griechischen Unterthanen in der Türkei. — Die Pforte arbeitet an einem Memorandum, welches das Recht der Pforte beweist, eine Handelssteuer von Ausländern einzuziehen.

### Tagesneuigkeiten.

— Se. k. und k. Apostolische Majestät sind am 27. d. morgens von Ofen nach Wien zurückgekehrt.

— (Personalnachrichten.) Der gemeinsame Kriegsminister Freiherr v. Ruhn ist von Wien in Pest eingetroffen. — Im Besinden des Herrn k. ung. Ministers des Innern ist eine bedeutende Besserung eingetreten. Das Fieber hat fast gänzlich nachgelassen, und hofft man, daß er Mitte nächster Woche schon das Zimmer wird verlassen können.

— (Das Pensions-Gesetz für die k. k. Armee) hat, wie die „Bohemia“ meldet, die Allerhöchste Sanction erhalten und ist zur Vorlage genehmigt. Dasselbe soll bedeutend günstiger lauten als das bis jetzt bestehende. 300 fl. sollen durch alle Chargen als Basis angenommen sein und nach vollbrachter zehnjähriger Dienstzeit von Jahr zu Jahr steigen, im Gegense zu jetzt, wo nur 200 Gulden als Basis angenommen wurden und die Dninquennien galten. Auch beim Versorgungswesen für die Mannschaft sollen bedeutende Verbesserungen in Aussicht genommen sein.

— (Der slovenische Gesangsverein der grazer Universität) gibt bekannt, daß er Donnerstag den 30. d. M. abends halb 8 Uhr in Japts Bieralon (Gries, Sternegasse) eine Liedertafel veranstaltet.

— (Junge Hasen) wurden nach einer Weidung des herrschaftlichen Försters zu Zamel in Böhmen am 21. d. in der dortigen Fasanerie aufgefunden.

— (Unglück durch Glockensturz.) Dem „Trentino“ wird von Smarano im Nonstale geschrieben, daß sich dort am 18. d. folgender Unglücksfall ereignete: Während nämlich einige Knaben im Glockenthurm sich befanden und die neuen Glocken läuteten, rissen die eisernen Tragbalken, infolge dessen die zwei größeren Glocken herabfielen. Zwei von den Knaben blieben augenblicklich todt, und sechs andere wurden schwer verletzt, von denen drei nach dem Ausspruche der Aerzte in Lebensgefahr schweben.

— (Die Einnahmen der Suezkanal-gesellschaft) betragen im Jahre 1872 18,885,427 Francs. Hierzu kommen die noch nicht festgestellten, aber auf 200,000 Francs geschätzten Nebeneinnahmen. Die Ausgaben betragen circa 16 Millionen. Der Ueberschuß genügt also nicht einmal zur Zahlung der im März und April d. J. fälligen Coupons der Prioritäten mit 3 1/2 Millionen. Die Actionäre gehen somit leer aus.

### Locales.

#### Zum Gemeinde-Budget.

Wir haben in unserer Ausgabe vom 22. d. Nr. 17 unter der Rubrik „Locales“ und unter dem Titel „Aus der Gemeinderathssitzung“ die summarische Uebersicht des Voranschlags der Stadtgemeinde Laibach für das Jahr 1873 gebracht. Heute wollen wir in das innere dieses Präliminäres eingehen und die einzelnen Aufsätze unseren p. t. geehrten Lesern mittheilen:

A. Empfänge (Bedeckung). 1. Gefälle: Eisgrube 174 fl.; Waggeld 120 fl.; Marktstandgeld; Bierzuschlag; Pflastermaut; Schlachtgebühren; Brandwein- und Spirituosen-Aufschlag 35,500 fl.; Verzehrungssteuer-Aversum 46,857 fl.; Marktstätten- und Platzstandgelder 600 fl.; Zinskreuzer 8000 fl.; Zimentierungsgeräthen-Abnützung 100 fl., zusammen 91,347 fl.

2. Taxen: Bürgerrechtstaxen 100 fl.; Gemeindeverbands-Ausnomstoxen 50 fl.; Hundsteuer 1200 fl.; Commissionsgebühren 100 fl., zusammen 1450 fl.

3. Beiträge und Vergütungen: Für die Wasserleitung 12 fl. 60 kr.; Local-Schulfondsbeiträge 42 fl. 37 1/2 kr.; Schulbeiträge 819 fl. 40 1/2 kr.; Stroßenbeiträge 276 fl. 15 kr.; Badeplatzbeitrag 75 fl., zusammen 1225 fl. 53 kr.

4. Realitäten-Ertrag: Außer Tivoli an Miethzinsen 1684 fl. 25 kr.; Wiesen-Pachtzuschillingsgelder 2623 fl. 85 kr., zusammen 4308 fl. 10 kr.

5. Tivoli: Miethzins 1620 fl.; Grund-Pachtzuschillingsgelder 3101 fl. 48 kr., zusammen 4721 fl. 48 kr.

6. Verkaufte Materialien von der Baumschule u. s. w. 700 fl.

7. Kapitals-Interessen 47 fl. 77 1/2 kr.

8. Verschiedene Empfänge: Schulgelder 2000 fl.; Pauschalzuschillingsgelder 3629 fl. 50 kr.; Standgelder von Schaubuden 164 fl.; Suppansgrundstücke 2448 fl., zusammen 8242 fl.

9. Militär-Quartier- und Möbel-Entschädigung 2580 fl. 35 kr.

Gesammtesumme der Empfänge: 114,622 fl. 23 1/2 kr. B Ausgaben (Erfordernis): 1. i. f. Steuern 1159 Gulden. 2. Stiftungen 1854 fl. 89 kr. 3. Auswärtige Leistungen,

4. Lehranstalten: a. (Realschule): Miethzins 750 fl., Dotation 900 fl., Lehrmittel 100 fl., Dieners-

lohnung 226 fl. 80 kr., Pauschalien 75 fl. 60 kr., Laborantenlohnung 75 fl. 60 kr., Pauschalien 25 fl. 20 kr., Miethzins 77 kr., Brennholz 250 fl., verschiedene Auslagen 100 fl. b. Volksschulen: 2 Lehrer à 600 fl., 3 à 500 fl., 1 à 450 fl., 6 à 400 fl., Personalauslagen für Directionsgeschäfte 200 fl., Religionslehrer 700 fl., Turnunterricht 270 fl., Sonntagsunterricht 300 fl., Schulzins 665 fl., Schülerfordernisse 150 fl., Schulrequisiten 180 fl., Beheizung 150 fl., Schulbücher 21 fl., verschiedene Auslagen 100 fl. c. Tirnaus Schule 360 fl. d. Mädchen-schule bei den ehrw. Ursulinerinnen: Dotationen 2491 fl. 67 kr., Buchdrucker und Buchbinder 60 fl., Bauconcurrentz 125 fl., Gehalt 140 fl. e. Ortschulrath 50 fl. f. Gewerbeschule 500 fl. g. zur Regulierung der Lehrer-gelöhnte 1000 fl., zusammen für Lehranstalten 15,592 Gulden 87 kr.

5. Beiträge für Kirchen, Pfarren, Schulen, Spital, Armenhaus, 453 fl. 50 kr.

6. Besoldungen der städtischen Beamten 12,915 Gulden.

7. Pöhnungen der städtischen Diener und Wache, Bekleidungsauslagen 11,790 fl.

8. Pensionen und sonstige Bezüge 5965 fl. 65 Kreuzer.

9. 10. 11. Functionsgebühren, Renumerationen, Aus-hilfen und Deputate 4225 fl. 25 kr.

12. Kanzlei-Erfordernisse: Beamtenpau-schalien 320 fl., Buchdrucker 600 fl., Buchbinder 80 fl., Beheizung 800 fl., Reinigung 20 fl., Papier 120 fl., Re-quisiten 290 fl., verschiedene Auslagen 171 fl., zusammen 2401 fl.

13. Diäten und Reiseauslagen 50 fl.

14. Sanitäts-Auslagen: Aerzte 1249 fl. 50 kr., Personalauslagen 310 fl., Medicamente 1700 fl., Beerdi-gungsauslagen 600 fl. 50 kr., zusammen 3860 fl.

15. Spitals-Verpflegskosten: Civiltspital 2400 fl., Kinderhospital 300 fl., Erfäge 100 fl., zusammen 2800 fl.

16. Sicherheitsauslagen: Militär-Polizei-Wache 61 fl. 7 kr., Wachenmeister 200 fl., Arrestanten 350 fl., Patrouillendienst 200 fl., Taglilien 100 fl., ver-schiedene Auslagen 38 fl. 93 kr., zusammen 950 fl.

17. Baureparaturen: Gebäude 400 fl., Gassen und Plätze 4000 fl., Straßen 1200 fl., Brücken 850 fl., Materiale 7050 fl., Professionsisten 800 fl., Brunnen und Kanäle 200 fl., Alleen 500 fl., zusammen 15,000 fl.

18. Tivoli: Steuern 779 fl., Gartentagelöhner und Wache 550 fl., Reparaturen 550 fl., Assurance 36 fl. 25 kr., Wiesenkultur 150 fl., Gärtner und Hausmeister 441 fl., zusammen 2456 fl. 25 kr.

19. Straßen-Reinigung: Kehrun und Bespritzung 2400 fl., Schneeschauflung 2600 fl., zusammen 5000 fl.

20. Stadtbeleuchtung 7800 fl.

21. Gefällauslagen: Marktstätten 130 fl., Pachtzins 50 fl., Essigsieder-Rückvergütung 900 fl., Mar-ten 60 fl., zusammen 1140 fl.

22. Mora-Auslagen 200 fl.

23. Requisiten-Anschaffung 200 fl.

24. Feuerlösch-Kosten 600 fl.

25. Fuhrlohn 40 fl.

26. Vorhänge 0.

27. Militär-Bequartierungsanstalt 3159 fl.

28. Neubauten: Kanäle in der Klagenfurter-Straße 2000 fl., Petersvorstadt 4500 fl., Polana 3500 fl., Sandkästen in der Gradashja 1200 fl., Gasseneröffnung beim Fürstehofe 3000 fl. Pflasterung des 1. Reber 350 fl., zusammen 14,550 fl.

28. Verschiedene Auslagen: unvorhergesehene 1000 fl., Abgang beim Armenfonde 3398 fl. 8 kr., zu-sammen 4398 fl. 8 kr.

30. Passivrückstände: Zinsen vom Sparkasse-Darlehenskapitale 4770 fl., Kapitals-Abzahlung 8000 fl., zusammen 12,770 fl. Gesamtsomme der Ausgaben 131,331 fl. 49 kr.

— (Für die freiwillige Feuerwehr) spen-deren die Herren: Edmund Terpin 6 fl., Ginzler Max 5 fl., Fischer Gustav 5 fl., Malizh And. 6 fl., v. Schivitz-hofen 5 fl., Hartmann J. A. 6 fl., Rudesch Franz 5 fl., Walther Alois 5 fl., Director M. Kraup 15 fl., Dreo Alexander 10 fl., F. J. 2 fl., Murnig Jakob 5 fl.

— (Der kaufmännische Krankenverein) hält am 2. k. M. eine Generalversammlung ab. Dem Vernehmen nach besitzt dieser Verein ein Vermögen von nahezu 30,000 fl. und zählt 350 Mitglieder.

— (Zur Faschingschronik.) Die Citalnica in Mütling arrangiert am 2. k. M. zuehren Bodnits eine Feseda, am 16. k. M. eine Tanzunterhaltung mit Tombola, am 23. k. M. einen Maskenball und am 25. k. M. eine Faschings-Schlusunterhaltung.

— (Predil-Pact.) Die „N. Fr. Pr.“ schreibt: Wie uns gemeldet wird, beabsichtigt die Regierung, soweit es an ihr ist, die Erledigung der Eisenbahavorlagen über den Predil und über den Arberg zu beschleunigen. Es wäre höchste Zeit, daß diese beiden Fragen mit aller möglichen Energie in die Hand genommen würden, denn es handelt sich in beiden Fällen um die wichtigsten Verkehrsinteressen der Monarchie, und was die Herstellung einer zweiten, von der Südbahn unabhängigen Verbindung mit Triest anbelangt, so fällt hier noch besonders ins Gewicht, daß jener Ter-min, innerhalb dessen es unserem Lande möglich sein wird, eine solche Verbindung herzustellen, mit diesem Jahre zu

Ende geht, da vom 1. Jänner 1874 an wieder das ausschließliche Privilegium auf jede derartige Verbindung in Wirksamkeit tritt. Wir halten es für überflüssig, nochmals ausdrücklich hervorzuheben, in wie hohem Grade es eine Lebensfrage für unseren Handel ist, denselben in seiner Richtung nach dem Süden von dem drückenden Monopole der Südbahn freizumachen!

(Ein Schadenfeuer) brach am 20. d. früh 7 Uhr im Hause des Grundbesizers Franz Provat in Kragen Nr. 11, Bezirk Stein, aus. Die hierzu gehörigen Wohn- und Wirtschaftsgebäude, das ganze Mobilare, die noch vorhandenen Getreide- und Futtermittel, zwei Stück Rinder und ein Schaf wurden ein Raub der Flammen.

(Für Beamtenkreise.) Die „Bohemia“ erhält zur Beamtenehaltsfrage aus Wien nachstehende Mittheilung: Die Modification des Besetzungswurfs über die Regelung der Beamtenehalte durch den Finanzausschuß soll sich auf Folgendes beziehen: Die Rangklassen wurden bis incl. 8. um hundert Gulden erhöht, so daß die 11.: 600, 700, 800 fl.; die 10.: 900, 1000, 1100 fl.; die 9.: 1200, 1300, 1400 fl.; die 8.: 1600, 1800, 2000 fl. erhielten.

(Theaterbericht vom 28. d.) Kapellmeister Herr Heinrich Delin machte mit Vorzings reizender „Undine“ einen glücklichen Wurf. Ein recht zahlreiches gewähltes Publicum füllte die Räume und war im allgemeinen mit der Aufführung recht zufrieden.

sonders heitere durch das köstliche Duett des „Hans“ (Herr Aufim) und „Beit“; Fräulein Erlesbeck sang ihre Arie recht lobenswerth; dem Quartett: „Bertalda“ (Frau Kropp), „Hugo“, „Undine“ und „Kühleborn“ (Herr Woloff) folgte stürmischer Applaus. — Im dritten Akte errang „Undine“ durch gefühl- und ausdrucksvollen Vortrag ihrer hervorragenden Piece großen Beifall. — Im vierten Akte rief das von den Herren Aufim (Hans) und Stoll (Beit) mit künstlerischer Auffassung und göttlicher Laune vorgetragene Trinklied „Im Wein ist Wahrheit“ einen förmlichen Beifallssturm hervor; die letzte Strophe mußte wiederholt werden. — Chor und Orchester wirkten heute mit Rücksicht auf die Widmung des Abends besonders lobenswerth. — Vom kritischen Standpunkte beurtheilt müssen wir die Leistungen der Herren Aufim und Stoll als eminent bezeichnen; Frau Kropp und Herr Kühn befriedigten vollkommen; Herr Pollak gab den kleinen Part recht würdevoll und mit vollem Ton; Fräulein Erlesbeck sang den Hauptpart recht beinahe zu zart, nur schien uns die Prima donna in einzelnen Stellen nicht völlig fest; Herr Woloff konnte der tiefen Töne seines Partes nicht ganz Herr werden. — Die Regie hat sich einige Verstöße zuschulden kommen lassen, namentlich beim Aufrollen des nichtverspundeten Weinsäßchens, durch unruhige Beleuchtung des Schlosses und unrichtiges Erscheinen der Nixen in der Schlussszene. — Die mit Kunstfertigkeit ausgeführten Decorationen, in erster Reihe der Wassertempel fesselten heute abermals das Auge des Zuschauers.

(Schlußverhandlungen bei dem k. k. Kreisgerichte Rudolfswerth.) Am 1. Februar. Johann Dvornik und Mathias Jablar: schwere körperliche Beschädigung; Martin Pirlovic und Mathias Sitar: Veruntreuung; Johann Teme und 4 Genossen: schwere körperliche Beschädigung; Johann Luzar: Vergehen gegen die Sicherheit des Lebens. — Am 6. Februar. Anton Ewelbar: Brandlegung; Franz Setinc: Vergehen der schuldbaren Crida. — Am 8. Februar. Franz Zele und 5 Genossen: Diebstahl. — Johann Usnik: Holzdiebstahl; Franz Rojan: schwere körperliche Beschädigung; Franz Cerovsek: schwere körperliche Beschädigung. — Am 13ten Februar. Franz Zbevnit und Mathias Hocevar: schwere körperliche Beschädigung; Agnes und Maria Kovalic: Diebstahl und Verleumdung; Johann Bizjak: Veruntreuung. — Am 15. Februar. Anton Juzel sen. und jun. und 10 Genossen: Aufstand und öffentliche Gewaltthätigkeit.

Neueste Post.

(Original-Telegramm der „Laibacher Zeitung.“) Wien, 28. Jänner. (Herrenhaus.) Fortsetzung der Debatte über Organisation der Universitätsbehörden. Rokitsansky und Lichtenfels sprechen gegen Aufrechthaltung des katholischen Charakters der Universitäten, welche nach letzterem geradenwegs zum Unfehlbarkeitsdogma führe. Cardinal Nauscher weist die Berufung des Vorredners auf sein Werk über die Unfehlbarkeit zurück. Felder weist ebenso eine Aeußerung Nauschers zurück, daß die Volksschulen Wiens den Atheismus gepredigt. Nach beifällig aufgenommenem Rede Höffers spricht der Berichterstatter Miklosic gegen den Vertagungsantrag, ebenso Unterrichtsminister Stremayer, welcher die Universitäten als Staatsanstalten zur Pflege der Wissenschaften bezeichnet, wozu nicht neue Formen geschaffen, sondern die bestehenden Formen den Bedürf-

nissen der Neuzeit gemäß fortgebildet werden sollen. In der Specialdebatte wird der Zusatzantrag Schwarzenbergs, daß die Facultäten auch aus Doktorencollegien bestehen sollen, nach durchschlagender Rede des Ministers Unger abgelehnt und das ganze Gesetz in zweiter und dritter Lesung nach dem Commissionstrage unverändert angenommen. Die Ausschlußresolution auf Einverleibung der evangelisch-theologischen Facultät in die wiener Universität wird abgelehnt.

Auf Allerhöchste Anordnung wird für weiland Ihre kaiserliche Hoheit Helene Paulowna, Großfürstin von Rußland, geborene königliche Prinzessin von Württemberg, die Hoftrauer Dienstag, den 28. Jänner, angezogen und durch zehn Tage, d. i. bis einschließig 6. Februar ohne Abwechslung getragen werden.

Telegraphischer Wechselkurs vom 28. Jänner.

Papier: Rente 67.35. — Silber: Rente 71.60. — 1868er Staats-Anlehen 103.25. — Bank-Actien 964. — Credit-Actien 330.50. — London 109.10. — Silber 107.25. — R. t. Ducaten —. — Napoleons'd'or 8.69.

Handel und Volkswirtschaftliches

Rudolfswerth, 27. Jänner. Die Durchschnitts-Preise stellten sich auf dem heutigen Markte, wie folgt:

Table with 4 columns: Item, R., fr., and another column. Items include Weizen per Megen, Korn, Gerste, Hafer, Halbsfrucht, Heiden, Hirse, Ankerweizen, Erdäpfel, Linsen, Erbsen, Kijolen, Rindschmalz pr. Pfd., Schweineschmalz, Speck, frisch, Speck, geräuchert Pfd., Butter pr. Pfund, Eier pr. Stück, Milch pr. Maß, Rindfleisch pr. Pfd., Kalbfleisch, Schweinefleisch, Schöpfenfleisch, Hühner pr. Stück, Tauben, Hen pr. Zentner, Stroh, Holz, hartes 32", weiches, Wein, rother, pr. Eimer, weißer, Leinsamen per Megen.

Angekommene Fremde.

Am 27. Jänner. Hotel Elefant. Graf, Pfarrer, Eisenm. — Mader, Trief. — Kassel, Matera. — Birner, Wien. — Schönlövel, mit Frau, Dresden. — Braun, Wien. — Klemens, Anzig, Salag. — Ritter v. Kutschky, k. k. Bez.-Commissär, Gurkfeld. — Prachniter, Mühlendorf. — Püchler, Kfm., Burg. — Dr. Lauffer, Unterkrain. — Nemec, Gurkfeld. Hotel Stadt Wien. Schupfer, Agent, Innsbruck. Schwarzl, k. k. Major, Graz. — Schleginger, Kfm., Wien. Mafi, Neumarkt. Hotel Europa. Mbril, Kronan. — Braun, Pest. Bairischer Hof. Fabris und Benedicic, Sölsim, — Pavlic, Wippach. Mohren. Menzinger, Kreuz. — Nazolin, Private, Trief. Ramor, Gottschee. — Trinja, Sölsim, Marburg. — Tschler, Salog.

Theater.

Heute: Undine. Romantische Zauberoper in 4 Akten von A. Forberg.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with 5 columns: Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt, Lufttemperatur nach Celsius, Wind, Richtung des Windes. Data for 28. J. at 6 U. Mg., 2 U. N., 10 U. Ab.

Börsebericht. Wien, 27. Jänner. Die Börse war recht fest. In Speculationswerthen ergab sich keine sonderliche Bewegung und ist sonach im ganzen keine auffällige Curvenlinie zu verzeichnen; nur Baubanken und insbesondere Unionbaugesellschaft gewannen bedeutend. Anlagewerthe fanden Kauflust, namentlich Silberrente, die bis 72 aus dem

Large financial table with multiple columns: A. Allgemeine Staatsschuld für 100 fl., B. Grundentlastungs-Obligationen, C. Andere öffentliche Anlehen, D. Actien von Bankinstituten, E. Actien von Transport-Unternehmungen, F. Pfandbriefe (für 100 fl.), G. Prioritätsobligationen, H. Wechsel (3 Monate), K. Curs der Geldsorten.